



grün®
Keiner wie wir.

Newsletter

13.05.2015 Ausgabe 3/15

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit unserem aktuellen Newsletter informiert Sie die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Ratssitzung am 11.05.2015.

Sie können gern per Email mit uns Kontakt aufnehmen und uns Ihre Meinung, Anregungen oder auch Ihre Kritik mitteilen.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung per Email an fraktion@gruene-wuppertal.de

Die gesamte Ratssitzung können Sie sich [Internet](#) ansehen.

Anja Liebert
Fraktionsvorsitzende

Marc Schulz
Fraktionsvorsitzende



[Bitte benachrichtigen Sie uns, wenn Sie keine Infos mehr erhalten möchten.](#)



Hier sind unsere aktuellen Themen:

[Umsetzung des Ratsbeschlusses zu Verkehrsinformationen](#)

[Öffentliches WLAN in Wuppertal fördern](#)

[Teilnahme an der Kampagne Stadtradeln](#)

[Dienst- und Berufskleidung für den öffentlichen Dienst aus fairer Produktion](#)

[Alternativstandort für Forensik zur Prüfung vorschlagen](#)

[Service des Einwohnermeldeamtes dezentralisieren](#)

Umsetzung des Ratsbeschlusses zu Verkehrsinformationen

Endlich: die Verwaltung antwortete auf unsere [Anfrage](#), die wir bereits Anfang März gestellt hatten. Wir wollten wissen, weshalb ein Ratsbeschluss aus September 2014 noch nicht umgesetzt ist. Auf Initiative der GRÜNEN wurde damals beschlossen, für die Bürger*innen eine übersichtliche und aktuelle Baustellen-Datenbank auf der städtischen Homepage einzurichten. Die [Antwort](#) der Verwaltung: dafür sei aktuell kein Personal vorhanden, weil offene Stellen nicht besetzt werden können.

Öffentliches WLAN in Wuppertal fördern

In einem [Antrag](#) fordern die Wuppertaler GRÜNEN, dass städtische Gebäude als geeignete Standorte für Freifunk-Router zur Verfügung gestellt werden. Damit wäre ein großer Schritt getan auf dem Weg, in Wuppertal flächendeckend freien Internetzugang zu ermöglichen. Leider waren CDU und SPD noch nicht bereit, eine Entscheidung zu treffen, weshalb der Antrag erst im Fachausschuss behandelt wird und dann im Juni wieder auf die Tagesordnung des Rates kommt.

Teilnahme an der Kampagne Stadtradeln



Die GRÜNEN wollten, dass sich neben 300 anderen Städten auch Wuppertal an der Kampagne Stadtradeln beteiligt und [beantragten](#) dies. Immerhin ist Wuppertal seit vielen Jahren Mitglied im Klimabündnis. In ihrer [Rede](#) führte unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert aus, dass sich SPD, CDU und FDP im Verkehrsausschuss gegen den Antrag ausgesprochen hatten. Sie fühlten sich gegängelt, weil im Antrag steht, dass sich auch Politiker*innen aktiv an der Kampagne beteiligen sollen. Schade, denn per Lippenbekenntnis wollen doch alle, dass Wuppertal Fahrradstadt wird.

Dienst- und Berufskleidung für den öffentlichen Dienst aus fairer Produktion

Wuppertal wurde 2010 erstmals mit dem Titel „Fair Trade Town“ ausgezeichnet. Damit verbunden ist weit mehr als der Ausschank fair gehandelter Getränke bei offiziellen Anlässen. Zum Beispiel sollte die Stadt dafür Sorge tragen, dass die Dienstkleidung für städtische Beschäftigte aus fairer und ökologischer Produktion stammen. Die Fraktionen von GRÜNEN und LINKE stellten dazu einen [Ratsantrag](#). In ihrer [Rede](#) wies unsere Bürgermeisterin Bettina Brücher darauf hin, dass Fairness und Ökologie wichtige Ziele sind und die Stadt sich vorbildlich verhalten sollte. Leider sah die große Kooperation das anders und lehnte den Antrag ab.



Alternativstandort für Forensik zur Prüfung vorschlagen



Die Gespräche zur Ansiedelung einer Forensik auf der Fläche der Bergischen Diakonie Aprath sind leider gescheitert, jetzt müssen Alternativen im Landgerichtsbezirk Wuppertal geprüft werden. SPD, CDU und FDP stellten einen [Antrag](#), in dem sie unter anderem keine alternativen Flächen nennen, die Fläche der Bereitschaftspolizei auf Lichtscheid aber kategorisch ausschließen. Die GRÜNE Fraktion ist gegen Vorfestlegungen. In ihrer [Rede](#) begründete unsere gesundheitspolitische Sprecherin Ilona Schäfer die GRÜNE Position. Da unserem Antrag auf Einzelabstimmung der im Antrag gestellten Forderungen nicht entsprochen wurde, lehnten wir den kompletten Antrag ab.

Service des Einwohnermeldeamtes dezentralisieren

Seit der Entscheidung im Jahr 2010, die Leistungen in den Bürgerbüros drastisch einzuschränken, werden die Schlangen im Einwohnermeldeamt am Steinweg nicht kürzer. Die GRÜNEN stellten deshalb den [Antrag](#), diese Einschränkungen wieder zurückzunehmen. Die Zentralisierung hat sich nicht bewährt, sie hat im Gegenteil eine deutliche Verschlechterung für Bürger*innen mit sich gebracht. In seiner [Rede](#) führte unser Fraktionsvorsitzender Marc Schulz viele weitere Argumente an. Leider verweigerten SPD und CDU die Zustimmung, der Antrag wurde abgelehnt.

